

09.09.2013

Kleine Anfrage 1609

des Abgeordneten Dr. Joachim Stamp FDP

Sanierung Nordbrücke Bonn

In der Sitzung des Bonner Planungsausschusses am 4. September 2013 wurde bekannt, dass der landeseigene Betrieb Straßen.NRW entgegen den bisherigen Absprachen mit der Bundesstadt Bonn nun plant, bei der Sanierung der Nordbrücke (A 565) im Jahre 2014 für mindestens sechs Wochen zwei Fahrspuren zu sperren.

Laut dem Bonner Stadtbaurat bezeichnete Straßen.NRW das Ziel die Bauarbeiten in sechs Wochen zu beenden als „anspruchsvoll“.

Es ist somit damit zu rechnen, dass die Sperrung der zwei Autobahnspuren nicht nur, wie nach den neuen Planungen angenommen, während der Sommerferien andauert, sondern deutlich darüber hinaus zu Belastungen für die Bonner Bürger führt.

Damit droht Bonn der Verkehrsinfarkt.

Was passiert, wenn Autobahnspuren der innerstädtischen Autobahn gesperrt werden, damit haben die Bonner Bürger leidvolle Erfahrungen.

Selbst wenn die Zeitvorgabe, die Bauarbeiten in den Sommerferien abzuschließen, eingehalten werden könnte, droht Bonn schon während dieser Zeit ein Verkehrsausnahmestand mit erheblichem Stauaufkommen, der nicht nur die Bürger, sondern auch die Bonner Wirtschaft über Gebühr belastet.

Von Straßen.NRW werden auch technische Gründe für die Sperrung der Brücke angegeben, die aber von der Bundesstadt Bonn bestritten werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Was kosten die neuen Planungen im Vergleich zu der Sanierung der Brücke unter Freihaltung aller vier Fahrspuren?
2. Welche technischen Gründe sprechen angeblich dafür, dass die Brücke nicht unter Freihaltung aller vier Fahrspuren saniert werden kann?
3. Wie hoch schätzt die Landesregierung die volkswirtschaftlichen Kosten durch die unnötigen Staus für die Bonner Bürger und Unternehmen ein?

Datum des Originals: 09.09.2013/Ausgegeben: 10.09.2013

4. Wer trägt die Verantwortung für die Neuplanungen bzgl. der Brückensanierung, das Land NRW oder der Bund?

Dr. Joachim Stamp